



HESSISCHER LANDTAG

22. 09. 2020

Plenum

Antrag

Fraktion der SPD

Konzept für die hessische Wirtschaftsförderung und Sicherung von Arbeitsplätzen in Krisenzeiten? Bei Schwarz-Grün Fehlanzeige!

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass die Landespolitik im Bereich der Wirtschafts- und Strukturförderung klare Gestaltungsmöglichkeiten und -kompetenzen hat. Diese gilt es zu nutzen, um Wertschöpfung und Arbeit von morgen zu fördern.
2. Der Landtag stellt fest, dass die Digitalisierung, der demografische Wandel und nunmehr auch die Corona-Pandemie die hessische Wirtschaft vor zum Teil grundlegende Veränderungen und Herausforderungen stellen und deshalb erwartet der Landtag von Wirtschaftsminister Al-Wazir nunmehr, endlich Impulse zur Aufstellung einer zukunftsgerichteten, nachhaltigen Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik – vor allem unter sozial-ökologischen Aspekten wie der Förderung von guter Arbeit, den Aspekten der Ressourcenschonung und Energieeffizienz sowie der tatkräftigen Unterstützung neuer und innovativer Geschäftsideen – vorzulegen. Gerade in Krisenzeiten erwartet der Landtag unterschiedenes Handeln von Wirtschaftsminister Al-Wazir, da sich die drängenden Probleme nicht durch Aussitzen lösen lassen.
3. Der Landtag stellt darüber hinaus fest, dass seit Langem eine starke Landeswirtschaftsförderung notwendig ist. Eine Zersplitterung in Mehrfachzuständigkeiten sowie unterschiedliche Ansprechpartner für Wirtschaft, Regionen und Kommunen sind ineffizient und gehen an den Bedürfnissen der Unternehmerinnen und Unternehmer sowie der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer des Landes vorbei.
4. Der Landtag kritisiert, dass die Landesregierung aus dem schuldenfinanzierten Schattenhaushalt unterschiedliche Förderprogramme zusammengestellt hat, ohne nachhaltiges Konzept und nach dem Gießkannen-Prinzip. Zudem agiert die Landesregierung lediglich zögerlich und wartet zunächst immer auf Impulse durch die Bundespolitik.
5. Der Landtag stellt fest, dass sich zahlreiche Branchen bereits vor Corona in einem Transformationsprozess befunden haben und weiterhin befinden. Am deutlichsten ist dieser Prozess in der Automobilbranche mit ihren Zulieferunternehmen festzustellen. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, diesen Prozess gemeinsam mit den Unternehmen, Betriebsräten und Gewerkschaften aktiv zu gestalten und die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen, damit dieser Prozess im Sinne der zahlreichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erfolgt. Der Landtag ermahnt die Landesregierung, künftig wachsamer und vorausschauender bei Veränderungsprozessen und drohenden Schließungen oder Verlagerungen von Produktionsstätten zu agieren, statt erst den Ereignissen hinterherzulaufen.
6. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, einen staatlichen Beteiligungsfonds für kleinere und mittlere Unternehmen speziell der Zulieferbranche auf Bundesebene aktiv zu unterstützen und sich als Land daran zu beteiligen, damit diese Branchen investieren und Innovationen vorantreiben können, um Wachstum und Beschäftigung in Zukunft vor Ort ermöglichen zu können.
7. Der Landtag stellt fest, dass zwar unterschiedliche kleinteilige Förderprogramme initiiert wurden, ein Fonds für Soloselbstständige in Hessen aber immer noch nicht aufgelegt wurde. Die Soloselbstständigen befinden sich durch die Pandemie in einer besonders prekären Lage. Der Landtag fordert die Landesregierung erneut auf, aus dem Schattenhaushalt hierfür notwendige Mittel zur Verfügung zu stellen. Der Landtag stellt darüber

hinaus fest, dass es keine Hinderungsgründe für Hessen gibt, einen Fonds aufzulegen, um die Menschen zu unterstützen, außer dem fehlenden politischen Willen.

8. Der Landtag stellt des Weiteren fest, dass auch die gesamte hessische Veranstaltungsbranche, die gesamte Reise- und Omnibusbranche, das Schaustellergewerbe und auch noch immer die Gastro- und Hotelbranche pandemiebedingt in teils äußerst prekärer Lage sind und dadurch zugleich Tausende von Arbeitsplätzen massiv bedroht sind. Neben dem im Maßnahmenpaket II aufgelegten Hessenfonds bedarf es eines gezielten und schnell wirkenden finanziellen Hilfsprogrammes anstelle reiner temporärer Unternehmensbeteiligungen.
9. Ferner stellt der Landtag fest, dass der ohnehin durch den stetig wachsenden Onlinehandel bedrohte Einzelhandel mit seinen vielen Tausenden Arbeitsplätzen durch die Pandemie zusätzlich in vielen Bereichen teils massiv unter Druck geraten ist. Hier erwartet der Landtag von der Landesregierung ein schlüssiges Zukunftskonzept für einen gesicherten Einzelhandel und damit für den Erhalt lebendiger und vitaler Innenstädte. Die bisherigen Förderprogramme sind bürokratisch und unterfinanziert.

Wiesbaden, 22. September 2020

Die Fraktionsvorsitzende:
Nancy Faeser